

KONFERENZ „WEGE IN DIE ZUKUNFTSSTADT“ 22. UND 23. FEBRUAR 2016 Fact Sheet

1 ÜBERBLICK



Viele Kommunen in Deutschland sind bereits auf dem Weg zur Zukunftsstadt – das zeigen z.B. die Ergebnisse des Wissenschaftsjahrs Zukunftsstadt. Ebenso klar ist: Dieser Weg ist anspruchsvoll. Nachhaltige Innovationen müssen schneller in der Breite etabliert werden – gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und angepasst an sich mitunter rasant wandelnde Rahmenbedingungen.

Mit der Konferenz „Wege in die Zukunftsstadt“ am 22. und 23. Februar 2016 im Westhafen Event & Convention Center in Berlin wird die Innovationsplattform Zukunftsstadt der Bundesregierung gestartet. Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind eingeladen, praktische Erfahrungen bei der Umsetzung von Ideen und Innovationen auszutauschen, erprobte Lösungen kennenzulernen, Barrieren und Prioritäten zu diskutieren und konkrete Impulse für die künftige Arbeit der „Innovationsplattform Zukunftsstadt“ zu geben.

2 INFORMATIONEN ZUR KONFERENZ

Weltweit leben mehr als die Hälfte, in Deutschland sogar drei von vier Menschen in Städten. Bis zum Jahr 2050 werden über 70 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Städte verbrauchen schon jetzt bis zu 80 Prozent der weltweit erzeugten Energie, erwirtschaften rund 80 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts und sind für bis zu 70 Prozent des Treibhausgas-Ausstoßes der Menschheit verantwortlich. Folgerichtig konstatiert das High-Level Panel für die 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung der VN: „Es sind die Städte, wo der Kampf um eine nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.“ Die Umsetzung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) wird demnach v.a. auf kommunaler Ebene geschehen.

Die Herausforderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist bereits in der Hightech-Strategie der Bundesregierung aufgegriffen worden. Mit ihr wurde bereits 2012 das Zukunftsprojekt der „CO₂-neutralen, klimaangepassten und energieeffizienten Stadt“ definiert. Um dieses Ziel zu erreichen und die Zukunftsstadt zu verwirklichen, haben sich die Ressorts für Forschung, Umwelt, Bau, Wirtschaft und Verkehr zusammen getan und Expertinnen und Experten zu einer Nationalen Plattform Zukunftsstadt eingeladen. Über 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben dort zwei Jahre lang in einem innovativen Agendaprozess – anwendungsorientiert, ressortübergreifend und transdisziplinär - beraten, welche die dringendsten Forschungsfragen sind, die gelöst werden müssen, um den nachhaltigem Umbau unserer Städte voran zu bringen. Ihre Antworten haben sie in ihrer Strategischen Forschungs- und Innovationsagenda - kurz der FINA - zusammengetragen. Die FINA ist dezidiert ein Papier der Akteure, nicht der Politik. Die Städte erwarten von der Wissenschaft einen relevanten Beitrag für die Lösung ihrer Probleme. Dem hat der Staatssekretärs-Ausschuss für

Nachhaltigkeit der Bundesregierung Rechnung getragen. Er hat die Einrichtung der Innovationsplattform Zukunftsstadt (IPZ) als Teil eines Interministeriellen Arbeitskreises („IMA Stadt“) unter Federführung des BMUB beschlossen. Die IPZ soll Forschung und Entwicklung als Beitrag für die Stadtentwicklung ermöglichen, die Lücke zwischen Wissen und Handeln schließen und Forschung in kommunale Praxis übertragen.

Auf der Konferenz „Wege in die Zukunftsstadt“ am 22./23. Februar 2016 in Berlin mit rund 400 Teilnehmern aus Wissenschaft, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nimmt die Innovationsplattform Zukunftsstadt ihre Arbeit auf; gleichzeitig kommt das Wissenschaftsjahr 2015 „Zukunftsstadt“ zum Abschluss. Die Innovationsplattform wird konkrete Forschungsprojekte fördern und priorisierte Themen aus der FINA umsetzen. Dies soll im ständigen Dialog mit den Partnern aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geschehen. Ziel der IPZ ist, eine anwendungsorientierte und - wo möglich - ressortübergreifende sowie transdisziplinäre Forschungs- und Innovationsprogrammatisierung zu entwickeln und aufbauend auf oder ergänzend zu bestehenden Vorhaben zur Zukunftsstadt ressortübergreifend neue, gemeinsam abgestimmte und integrierte Programme und Initiativen unter Wahrung der Ressortzuständigkeiten zu entwickeln. Das BMBF trägt dazu in seiner Leitinitiative Zukunftsstadt in den nächsten fünf Jahren 150 Millionen Euro bei und startet jetzt eine erste transdisziplinäre Bekanntmachung für Themen der Energieeffizienz, der Klimaanpassung, des sozialen Zusammenhalts und der urbanen Mobilität. Auch weitere Ressorts werden Ihre Fördermittel entsprechend auf die Ziele der IPZ abstimmen. Mit diesen begrenzten Mitteln können sicherlich keine Städte umgebaut werden, sie können jedoch helfen, die Forschung in die Lage zu versetzen, die Werkzeuge dafür zu liefern, dass die große Aufgabe der nachhaltigen Stadtentwicklung gemeinsam gelingt.

Weitere Informationen:

<https://www.wege-in-die-zukunftsstadt.de/>